

Schwyz er Entscheid noch offen

JÜR G AUF DER MAUR

KANTON Der Bund zahlt bereits ersten Verdingkindern Entschädigungen aus einem gemeinsamen Topf. Noch ist nicht klar, ob und wie Schwyz mitmachen wird.

Die Hilfe für die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen läuft an. Was lange dauerte, geht nun plötzlich schnell voran. Seit Anfang August erhalten die ersten betroffenen früheren Verdingkinder aus einem Bundestopf Geld für das Unheil, das ihnen in ihrer Jugend angetan wurde.

Der Bund hat eigens dazu einen Hilfsfonds ins Leben gerufen. Er soll sicherstellen, dass die Betroffenen nun nicht noch lange warten müssen, bis ihnen finanziell unter die Arme gegriffen wird. Ausser den Kantonen Genf und Schwyz haben alle Kantone bereits ihre Zusage gemacht.

Entscheid erst nach den Ferien

«Wir haben in der Regierung noch nicht über eine Vorlage entschieden»,

erklärte auf Anfrage FDP-Regierungsrätin Petra Steimen. Das dürfte aber schon bald der Fall sein, wie der «Bote» in Erfahrung bringen konnte. Grundsätzlich wird ein Regierungsratsbeschluss nötig sein, das heisst, der Entscheid muss von der Gesamregierung gefällt werden. Vor den Sommerferien fehlte der Regierung die Zeit, nach den Ferien wird es klappen. Das Gesuch kam für Schwyz offenbar zu kurzfristig.

Offen ist auch, wie gross der Schweizer Beitrag dereinst sein könnte, den der Kanton beizutragen hat. Der Fonds wird anhand der Einwohnerzahl bestückt. In Schwyz geht man deshalb davon aus, dass es sich um 50 000 bis 70 000 Franken handeln dürfte. Pro Fall dürften 4000 bis 12 000 Franken bezahlt werden.

350 Gesuche eingegangen

Bisher sind beim Bund 350 Gesuche eingegangen, erklärte Luzius Mader, Delegierter für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Justiz, der «Berner Zeitung». Ursprünglich war geplant, mit der Auszahlung im September zu beginnen.

Doch da das Geld zur Verfügung stehe und einige Fälle völlig klar seien, könne mit der Auszahlung begonnen werden. Mader: «Es handelt sich um einen Sozialhilfefonds. Da hat es keinen Sinn, länger zuzuwarten als nötig.»



Noch nichts entschieden:
FDP-Regierungsrätin Petra Steimen.

Bild pd